

**Niederschrift** über die 20. Sitzung des Sozialausschusses des Stadtrates Suhl am 08.09.2021

**Ort:** AWO Begegnungsstätte „CITY TREFF“, Pfarrstraße 10, 98527 Suhl

**Zeit:** 17:00 – 18:25 Uhr

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE** (gemäß Ablauf der Sitzung)

	<b>Beschluss-Nr.</b>
<b>Nicht öffentlicher Teil (TOP 1 – 3)</b>	
<b>Öffentlicher Teil</b>	
4.	Feststellung der Anwesenheit
5.	Abstimmung über das Rederecht für Gäste
6.	Abstimmung über die Tagesordnung
7.	Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) der Geschäftsordnung (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger)
8.	Informationen durch den Ausschussvorsitzenden
8.1.	Beschlussfassung über die Niederschrift der 19. Sitzung des Sozialausschusses am 30.06.2021 <span style="float: right;"><b>SA 029/20/2021</b></span>
9.	Vorstellung des Projekts "Orange"
10.	Vorstellung der AWO Begegnungsstätte "CITY TREFF"
11.	Information zum Sachstand Corona-Impfung
12.	Behandlung von Beschlussvorlagen
13.	Behandlung von Anträgen
14.	Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (2) der Geschäftsordnung
<b>Nicht öffentlicher Teil (TOP 15 – 18)</b>	

## Nicht öffentlicher Teil (TOP 1 – 3)

### Öffentlicher Teil

---

**TOP 4.: Feststellung der Anwesenheit**

- öffentlich -

---

Von 10 stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses sind 8 Mitglieder anwesend. Damit ist der Sozialausschuss beschlussfähig.

---

**TOP 5.: Abstimmung über das Rederecht für Gäste**

- öffentlich -

---

Abstimmung über das Rederecht für Herrn Backhaus zum TOP 10 Vorstellung der AWO Begegnungsstätte „CITY TREFF“.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 8 Stimmberechtigten

Damit ist das Rederecht für Herrn Backhaus bestätigt.

---

**TOP 6.: Abstimmung über die Tagesordnung**

- öffentlich -

---

Frau Leukefeld informiert, dass der TOP 9 von der Tagesordnung abgesetzt wird, da Herr Pauler seine Teilnahme an der Sitzung abgesagt hat.

Frau Leukefeld schlägt vor, einen TOP zur „Information über den Stand der Antragstellung im Landesprogramm „LSZ“ für das Jahr 2022“ aufzunehmen. Die Frist zur Antragstellung war der 31.07.2021.

Herr Turczynski informiert, dass in Absprache mit Herrn Jähne keine Aufnahme eines weiteren TOP zum „LSZ“ erfolgen soll, um der Beratung der externen Steuerungsgruppe in der nächsten Woche nicht vorzugreifen. Eine kurze Information zum Sachstand LSZ kann im nicht öffentlichen Teil der Sitzung, unabhängig von der Aufnahme eines neuen TOP, durch die Verwaltung gegeben werden.

Frau Leukefeld stimmt zu und zieht ihren Vorschlag zurück.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 8 Stimmberechtigten

Damit ist die geänderte Tagesordnung bestätigt.

---

**TOP 7.: Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) der Geschäftsordnung  
(schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger)**

- öffentlich -

---

Anfragen werden nicht gestellt.

**TOP 8.: Informationen durch den Ausschussvorsitzenden** | - öffentlich -

**TOP 8.1.:** Beschluss-Nummer: **SA 029/20/2021**  
**Beschlussfassung über die Niederschrift der 19. Sitzung des Sozialausschusses am 30.06.2021** | - öffentlich -

**Der Sozialausschuss beschließt:**

Die Niederschrift über die 19. Sitzung des Sozialausschusses am 30.06.2021 wird bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

6 Ja - 0 Nein - 2 Enthaltungen von 8 Stimmberechtigten

Damit ist die Niederschrift der 19. Sitzung des Sozialausschusses beschlossen.

**TOP 9.: Vorstellung des Projekts "Orange"** | - öffentlich -  
Gast: Herr Pauler, Projekt "Orange" Meiningen/Suhl

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**TOP 10.: Vorstellung der AWO Begegnungsstätte "CITY TREFF"** | - öffentlich -  
Gast: Herr Backhaus, Vorsitzender AWO Ortsverein Suhl e.V.

**Herr Backhaus** stellt sich und den AWO Ortsverein Suhl e.V. vor. Dieser agiert unabhängig von der AWO AJS gGmbH und finanziert sich eigenständig. Die zwei Suhler Begegnungsstätten kosten den AWO Ortsverein monatlich 3.500 € an Miete und Nebenkosten, die an die AWO AJS gGmbH gezahlt werden müssen. Ohne die finanzielle Unterstützung durch den Regionalverband wäre der Betrieb dieser Einrichtungen nicht möglich. Er stellt die räumlich angegliederte Kleiderkammer „Kleidsam“ vor. In dieser werden jeden Mittwoch Sachspenden angenommen, die an bedürftige Personen zu einem geringen Entgelt weiterverkauft werden. Die angestellte Mitarbeiterin ist täglich von 9.00 bis 16.30 Uhr tätig, ihre Entlohnung erfolgt übertariflich. In der Begegnungsstätte „CITY TREFF“ findet dreimal wöchentlich ein offener Treff statt (montags, mittwochs und freitags). Weiterhin werden u.a. Handykurse, Spielenachmittage und -abende sowie ein Steppkurs angeboten. Die Räumlichkeiten werden auch anderen Vereinen und Organisationen zur Verfügung gestellt. Für die Verpflegung mit Getränken und Kuchen werden zwischen 1,00 € und 2,00 € verlangt. Die Nachfrage ist rege, sodass die Räumlichkeiten mitunter bereits zu klein erscheinen. Eine Ausweichmöglichkeit bildet die Begegnungsstätte in der Döllbergschule, in der dienstags und donnerstags ein offener Treff bei Kaffee und Kuchen stattfindet. Auch dort werden Kartenspielnachmittage angeboten. Das Büro in der Begegnungsstätte „CITY TREFF“ ist in der Regel täglich von morgens bis abends durch Herrn Backhaus besetzt. Seine Tätigkeit erfolgt rein ehrenamtlich ohne finanzielle Entschädigung. Er betont die notwendige, insbesondere finanzielle, Unterstützung durch die Stadt Suhl. Im vergangenen Jahr mussten die bewilligten Fördermittel größtenteils zurückgezahlt werden, in der Summe 11.000 €. Er betont weiterhin die Erfordernis zum entgeltlichen Ausgleich der geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeit. Er bedankt sich für die Möglichkeit, die Räumlichkeiten persönlich vorstellen zu können.

Frau Messerschmidt kommt um 17:15 Uhr.

**Herr Dr. Hofmeier** fragt an, wie viele Quadratmeter die Begegnungsstätte umfasst.

**Herr Backhaus** informiert, dass die Begegnungsstätte 165 m<sup>2</sup> groß ist, das Büro 40 m<sup>2</sup> und die Kleiderkammer „Kleidsam“ umfasst 80 m<sup>2</sup>.

**Herr Zänglein** möchte wissen, wie viele Mitglieder im Ortsverein tätig sind.

**Herr Backhaus** erklärt, dass sich 110 Mitglieder im Ortsverein engagieren. Daneben umfasst der AWO Förderverein „Alt, aber trotzdem – Senioren helfen Senioren“ 560 Mitglieder. Beide Vereine sind unabhängig voneinander tätig.

**Frau Leukefeld** ergänzt, dass der AWO Förderverein gegründet wurde, um den Verein „Senioren helfen Senioren“ finanziell abzusichern. Mit 560 Mitgliedern ist dieser gut aufgestellt, die finanzielle Eigenständigkeit ist jedoch noch nicht gegeben. In der letzten Mitgliederversammlung wurde die Entscheidung getroffen, als eigenständiger Verein unter dem Dach der AWO zu agieren. Eine Vertreterin der AWO ist dementsprechend auch im Vorstand. Durch die Kooperation können u.a. auch die Räumlichkeiten mitgenutzt werden.

**Herr Backhaus** fügt hinzu, dass die Räumlichkeiten nur kleinen sozialen Vereinen und Organisationen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Regulär wird eine Nutzungsentgelt von 10 € erhoben. Ohne derartige Einnahmen sind die Betriebskosten nicht zu bewältigen. Rücklagen sind vorhanden, wären jedoch schnell aufgebraucht.

Lüftungspause von 17:20 bis 17:25 Uhr.

**Frau Habelt** bezieht sich auf die Information zur Annahme der Sachspenden. Nach dem letzten Bericht über die Einrichtung und Öffnungszeiten der Kleiderkammer in der öffentlichen Presse wollte sie sich telefonisch über die Annahmezeiten informieren. Sie äußert ihren Unmut über den Umgang mit ihrer Anfrage.

**Herr Backhaus** führt aus, dass eine geregelte Annahme der Spenden notwendig ist. Die Entsorgung nicht verwendbarer Sachspenden erfolgt zulasten des AWO Ortsvereins Suhl e.V.

**Frau Leukefeld** rät an, die Annahmezeiten nochmal öffentlich zu publizieren.

**Herr Turczynski** würdigt das soziale Engagement des AWO Ortsverein Suhl e.V. und bedankt sich für die Einsatzbereitschaft. Er hebt die notwendige Unterstützung der geleisteten Arbeit, die vorwiegend ehrenamtlich geleistet wird, hervor. Auch soziale Leistung hat ihren Preis.

**Frau Leukefeld** möchte wissen, ob es Differenzen mit anderen Vereinen oder Organisationen gibt.

**Herr Backhaus** verneint dies. Es bestehen u.a. Kooperationen mit Rehasport-Vereinen, Gesangsgruppen sowie mit dem Rennsteigverein, um gemeinsame Wanderangebote anbieten zu können. Er betont die Notwendigkeit des sozialen Miteinanders in der Stadt Suhl. Erste Treffen haben stattgefunden, jedoch ist daraus bisher keine weitere Zusammenarbeit entstanden. Die Fortführung dieser Gespräche sieht er als unerlässlich an.

**Frau Leukefeld** zeigt verschiedene Möglichkeiten auf, um die Gespräche zur Zusammenarbeit voranzutreiben. Sie bedankt sich für die Vorstellung des AWO Ortsvereins Suhl e.V. und der zugehörigen Einrichtungen.

**TOP 11.: Information zum Sachstand Corona-Impfung**

- öffentlich -

---

**Herr Dr. Hofmeier** informiert über die Möglichkeit der dritten Impfung für die älteren Generationen. Es besteht jedoch keine Impfpflicht durch die Ständige Impfkommission (STIKO). Theoretisch

sind damit mögliche Schadensersatzleistungen sowie die Bezahlung durch die gesetzlichen Krankenkassen ausgeschlossen. Die Umsetzung wurde jedoch von den Ministern und Ministerinnen beschlossen und von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) mitgetragen. Er empfindet das Vorgehen als merkwürdig.

**Frau Vestner** sieht die dritte Impfung ebenfalls kritisch, da die Entscheidung zur Umsetzung auf politischer Ebene getroffen wurde. Mögliche Antikörper-Bestimmungen sind aufgrund fehlender Grenzwerte beim Titer wertlos. Derzeit gibt es auch noch keine Informationen zu Impfteams. Der Stand bisher umgesetzter Impfungen wäre wichtiger als mit einer Auffrischungsimpfung zu beginnen. Zumal auch der bürokratische Aufwand zum Ausfüllen der Impfaufklärung und -einwilligung stark zugenommen hat, der personell kaum zu bewältigen ist. Entsprechend wird die Impfung durch die Hausärzte und Hausärztinnen priorisiert.

**Herr Dr. Hofmeier** empfindet die erteilte Einwilligung vor der ersten Impfung als ausreichend.

**Frau Leukefeld** bittet um aktuelle Information zur Impfung von Kindern.

**Herr Dr. Hofmeier** erklärt, dass aktuell Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren geimpft werden können. In den hausärztlichen Praxen werden prioritär die älteren Generationen geimpft, da der Impfstoff nicht in großen Mengen, wie in Impfzentren, vorrätig ist. In den Monaten Juli und August brach die Nachfrage ein, diese steigt nun zunehmend wieder.

**Frau Habelt** berichtet von einem TV-Beitrag. In einem Thüringer Impfzentrum wurde ein gesonderter Impftag für Kinder und Jugendliche organisiert. Jedoch war der richtige Impfstoff nicht vorrätig.

**Frau Meischter** führt an, dass unterschiedliche Empfehlungen zur Impfung von Kindern und Jugendlichen bestehen.

**Herr Nagel** ergänzt, dass eine Vereinfachung der vielen Informationen zum Infektionsgeschehen das Verständnis der Bevölkerung erhöhen könnte.

**Frau Leukefeld** zeigt auf, dass der Corona-Virus uns noch lange begleiten wird und Auffrischungsimpfungen realistisch erscheinen.  
Sie beantragt das Rederecht für Frau Berthot zum TOP 11. Dem Antrag wird konkludent zugestimmt.

**Frau Berthot** möchte wissen, ob es Suhler Hausarztpraxen gibt, die aufgrund der schwindenden Nachfrage über den Sommer das Impfen eingestellt haben.

**Herr Dr. Hofmeier** verneint das.

**Frau Berthot** möchte weiterhin wissen, wann mit den Gripeschutzimpfungen begonnen wird.

**Herr Dr. Hofmeier** informiert, dass mit diesen in der Regel Ende Oktober begonnen wird. Bisher liegen kaum Anfragen vor. Beide Impfungen sind jedoch angeraten, mit einem Abstand von 2 Wochen.

---

**TOP 12.:    **Behandlung von Beschlussvorlagen****

- öffentlich -

---

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

Es liegen keine Anträge vor.

**Frau Vestner** bittet um Informationen zum Projekt „ORANGE“.

**Frau Messerschmidt** erklärt, dass das Projekt eine Ergänzung zum Weissen Ring darstellt. Das Angebot richtet sich speziell an gewalttätige Männer bzw. Männer, die sich Unterstützung bei der Gewaltvermeidung wünschen.

**Frau Leukefeld** regt an, Herrn Pauler noch einmal in den Sozialausschuss einzuladen. Weiterhin möchte sie wissen, ob ein Termin zur Einweihung des Aufzuges am Neuen Rathaus feststeht.

**Herr Turczynski** verneint das.

**Frau Leukefeld** beantragt das Rederecht für Frau Berthot zum TOP 14. Dem Antrag wird konkludent zugestimmt.

**Frau Berthot** informiert, dass es einen voraussichtlichen Termin zur Eröffnung des Aufzuges gibt. Sie informiert über das im Stadtentwicklungsausschuss behandelte Vorhaben, ein neues Pflegeheim zu errichten, und möchte wissen, ob zu diesem Thema auch im Sozialausschuss beraten wird.

**Frau Leukefeld** empfiehlt, sich in einer der nächsten Ausschusssitzungen erneut mit dem Thema Pflege auseinanderzusetzen. Insbesondere vor dem Hintergrund des geplanten Neubaus.

**Herr Turczynski** bestätigt das. Er ergänzt, dass der richtige Zeitpunkt zur Thematisierung im Sozialausschuss gewählt werden muss. Derzeit ist nur das Vorhaben an sich bekannt.

Lüftungspause von 17:45 bis 17:50 Uhr.

**Frau Leukefeld** fügt hinzu, dass sich der Sozialausschuss auch vor dem Hintergrund einer notwendigen Bedarfsanalyse mit der Thematik befassen sollte, um die Sinnhaftigkeit eines Neubaus bewerten zu können. Der Bedarf scheint gegeben zu sein, da für Pflegeheimplätze Wartelisten bestehen.

**Herr Turczynski** betont, dass vonseiten der Verwaltung keine Bedarfsanalyse erfolgen wird. Die Kommune ist lediglich baurechtlich in den Vorgang des Neubaus involviert. Das Risiko obliegt dem Träger.

**Frau Vestner** fragt an, wo der Neubau erfolgen soll.

**Herr Dr. Hofmeier** informiert, dass dieser auf dem Areal neben dem Lidl errichtet wird.

**Frau Habelt** regt an, dem Bauherren vorzuschlagen, einen Kinderspielplatz in das Bauvorhaben zu integrieren.

### **Nicht öffentlicher Teil (TOP 15 – 18)**

Ina Leukefeld  
stellv. Ausschussvorsitzende

N. Lorenz  
Schriftführerin